

## 1. Konzept und Sinn der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit Lateinamerika

**Ziele** der **Entwicklungszusammenarbeit** sind die **Förderung** von **Demokratie** und Frieden, wirtschaftlichem **Wachstum**, eine **gerechtere Verteilung** der Erträge, **Chancengleichheit**, **Umweltschutz** und die **Sicherung natürlicher Ressourcen**. Unser Leben ist eng mit dem der Menschen in anderen Ländern verflochten. Was in einem Teil der Welt geschieht, hat Auswirkungen auf die anderen Teile. Auch deshalb engagiert sich Deutschland in Lateinamerika/Karibik (LAK):

- **220 Mio. Lateinamerikaner leben in Armut**, fast **100 Mio. in extremer Armut**. Für langfristige Stabilität und Frieden ist eine gerechtere Chancenverteilung wichtig, um den sozialen Zusammenhalt sicherzustellen. Das setzt wirtschaftliche Vorteile für alle Bevölkerungsgruppen voraus. 2004 **verschlechterte sich** jedoch die **Einkommensverteilung** LAKs trotz eines **Wirtschaftswachstums von 5,5%**. LAK ist die Region, die am **meisten von sozialen Ungleichheiten geprägt ist**. Dies betrifft nicht nur die ungleiche Vermögensverteilung, sondern auch die Landfrage. Insbesondere **diskriminierte Ethnien** sind hiervon betroffen. **Arbeitslosigkeit und Armut**, aber auch unzureichende soziale Leistungen (in den Bereichen **Gesundheit** und **Bildung**) gehören zu den zentralen Problemen.
- Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat ein Lateinamerika-Konzept erarbeitet, in dem die wesentlichen Punkte der dt. EZ aufgeführt werden. Dabei gibt es vier Zieldimensionen:

- Die ökonomische Dimension: Ziel ist z. B. die Einrichtung leistungsfähiger Finanzsysteme, die Förderung der Klein- und Mittelindustrie und von Wirtschaftswachstum.
  - Die soziale Dimension: Dabei geht es um die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen, Einführung von sozialen Sicherungssystemen und Sozialfonds.
  - Die ökologische Dimension: Dazu gehören Umwelterziehung, Hilfe bei Naturkatastrophen (wie in jüngerer Vergangenheit in Zentralamerika geschehen) und Ressourcenschutz
  - und die politische Dimension: Darunter fallen die Demokratisierung, die Veränderung der Rollen von Staat, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft sowie die **Förderung regionaler Zusammenschlüsse**. Das ist vor allem deshalb wichtig, da durch die Bildung größerer Blöcke eine bessere Interessenvertretung erfolgen kann und damit auch die Verhandlungsmacht des Blocks der Länder der südlichen Halbkugel gestärkt würde. Damit wäre auch eine bessere Integration in den Weltmarkt möglich.
- Aus den Zieldimensionen ergeben sich die Schwerpunkte der dt. EZ. **Neben der Bekämpfung der Armut will man sich jetzt verstärkt auf Umwelt- und Ressourcenschutz sowie die Modernisierung von Staat und Gesellschaft konzentrieren.**
- Die EZ ist in **Finanzielle (FZ)** und **Technische Zusammenarbeit (TZ)** untergliedert.
- Bei der Finanziellen Zusammenarbeit sollen Maßnahmen, die für die Entwicklung der jeweiligen Länder wichtig sind, finanziell unterstützt werden. Dies findet in enger Koordination mit anderen dt. oder internationalen Maßnahmen statt.

Die Maßnahmen bestehen zum einen aus **nicht rückzahlbaren Zuschüssen**, zum anderen aus **günstigen Krediten**. Vor der Vergabe wird überprüft, ob diese Mittel **zielgerichtet eingesetzt** werden, d.h. der **Bevölkerung** des Landes **zugute kommen** und der **Armutsbekämpfung** dienen. Die ärmsten Länder des Südens erhalten Finanzhilfen als nicht zurückzahlbare Zuschüsse. FZ wird vor allem in bilateralen Abkommen vereinbart.

- Die Technische Zusammenarbeit trägt zur Verbreitung technischer, wissenschaftlicher und organisatorischer Leistungen bei. Berater und Ausbilder werden entsandt, um insbesondere der Zivilgesellschaft vor Ort zu mehr Leistungsfähigkeit und einer besseren Organisation zu verhelfen und damit ärmere Bevölkerungsschichten zu unterstützen. TZ erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen (NROs) im Partnerland.
- Darüber hinaus unterscheidet man zwischen Schwerpunkt-partnerländern und Partnerländern.
  - **Schwerpunktpartnerländer** in LAK sind z. Zt. Bolivien, El Salvador, Nicaragua, Honduras, Peru. Das gesamte entwicklungspolitische Instrumentarium des BMZ kommt in ausgewählten Schwerpunktbereichen (in der Regel drei) zum Einsatz. Diese werden in Regierungsverhandlungen mit dem jeweiligen Land festgelegt.
  - **Partnerländer** sind Brasilien, Chile, Costa Rica, Dom. Republik, Ekuador, Guatemala, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Paraguay. Dabei gibt es jeweils einen Arbeitsschwerpunkt.
  - **Potenzielles Kooperationsland** ist Haiti.

- Die **dt. Entwicklungshilfe begann 1952** mit der Beteiligung an dem „Erweiterten Beistandsprogramm der Vereinten Nationen für die wirtschaftliche Entwicklung unterentwickelter Länder und Regionen“ (heute UNDP, United Nations Development Programme; auf Spanisch PNUD – Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo).
- 1956 wurde erstmals ein Fonds für bilaterale Entwicklungshilfe eingerichtet. Fünf Jahre später ernannte die damalige Regierung Adenauer mit Walter Scheel den ersten Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.
- **Bereits 1970 wurde auf der UN-Generalversammlung festgelegt, dass der Anteil der Mittel für öffentliche EZ (sog. ODA-Quote) 0,7% des Bruttonationaleinkommens betragen soll.** Die dt. Quote lag **2003 bei 0,28%** und ist damit höher als der Durchschnitt anderer **westlicher Geberländer (0,25%)**. **1982 – am Ende der Regierungszeit von Helmut Schmidt – betrug sie noch 0,48%**, unter der **Kohl-Regierung** wurde sie jedoch auf **0,26% gesenkt**. Diesen Trend hat die rot-grüne Regierung wieder gestoppt und in den letzten Jahren den dt. Anteil schrittweise wieder erhöht wurde. Nur wenige Länder (Dänemark, Norwegen, Luxemburg und die Niederlande) haben bereits das von der UN vorgegebene Ziel von 0,7% erreicht. Den niedrigsten ODA-Anteil trägt die USA mit nur 0,15%, gefolgt von Italien mit 0,17%.

Angesichts immer knapper werdender Haushaltsmittel ist der effiziente Einsatz von Mitteln unerlässlich. Ich möchte nun auf einige konkrete Beispiele von EZ mit LAK eingehen.

## 2. Entwicklungspolitik in Lateinamerika an Hand konkreter Beispiele:

### a) Armutsbekämpfung in Bolivien:

- Armut ist ein weit verbreitetes Phänomen in den Entwicklungsländern. **Bolivien** ist das **ärmste Land** des **südamerikanischen Subkontinents** und eines der ärmsten LAKs. Es wird seit Jahren durch seine **politische Instabilität** geprägt. **Von den 8,5 Mio. Einwohnern leben laut einer UN-Statistik 37% in extremer Armut und 63% in Armut.** Bolivien gehört deshalb auch zu einem der Schwerpunktländer der dt. EZ. Nach den USA und Japan ist Dt. das drittgrößte bilaterale Geberland. 2001/02 wurden Zusagen in Höhe von 47 Mio. €, 2003 sogar von 51 Mio. € gemacht. Im Durchschnitt werden jährlich etwa 25,5 Mio. € für EZ zur Verfügung gestellt.
- Bolivien gehört zu der Gruppe der stark verschuldeten Länder (HIPC – Highly Indebted Poor Countries). **Um einen Schuldenerlass zu erhalten, müssen die Länder ein Konzept zur Armutsbekämpfung aufstellen** (PRSP – Poverty Reduction Strategy Paper). Dt. hat Bolivien im Zuge dessen Anfang des **Jahres 2002 Schulden in Höhe von 347 Mio. € erlassen.** Die durch den Schuldenerlass frei werdenden Gelder sollen dem **bolivianischen Staatshaushalt zur Armutsbekämpfung zu Gute kommen.** Auch bei den von der bolivianischen Regierung vorgesehenen Maßnahmen zur Minderung der Armut wird die dt. EZ sie unterstützen. Doch damit bis zum Jahr 2015 – wie in den UN-Millenniumszielen festgeschrieben und auch von Bolivien akzeptiert wurde – die Zahl der in Armut lebenden Menschen halbiert werden kann, muss noch einiges getan werden. Wenig ermutigend dabei ist, dass **in ganz LAK**

die Armut innerhalb eines Jahres lediglich um 1,4% zurückgegangen ist: 2004 lag die Armutsrate noch bei 42,9%.

- Vielversprechend sind die in den 90er Jahren in Bolivien begonnenen Maßnahmen der **Dezentralisierung**. Seit 2001 wird die Weiterentwicklung dieser Politik als **Strategie zur Bekämpfung der Armut** eingesetzt. Insbesondere die **Städte** und **Gemeinden** sollen dabei verstärkt eingebunden werden und dazu beitragen, die Armut zu senken. Doch sowohl die **Institutionen auf nationaler wie auf regionaler Ebene sind auf Grund der noch instabilen demokratischen wie institutionellen Strukturen mit dieser Aufgabe überfordert**. Die Dezentralisierung soll die Partizipationschancen der Bevölkerung erhöhen und zu mehr Engagement der Bürger an politischen Entscheidungen führen, was auch die **demokratischen Strukturen weiter festigen würde**.
- Seit dem Schuldenerlass 2002 seitens der BRD unterstützt das BMZ mittels der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) – zunächst von 2002 bis 2005 Bolivien mit einem Beitrag von insgesamt 18 Mio. € – acht Projekte aus den Bereichen **Dezentralisierungsförderung, Planung, Verwaltungsmodernisierung, Personalwesen, Parlamentsverwaltung, Munizipalentwicklung, Raumordnung und Entwicklungsfonds**. Zusammen fallen sie unter das **Programm der „Dezentralen Regierungsführung zur Unterstützung der nationalen Armutsbekämpfungsstrategie“** (“Programa de Apoyo a la Gestión Pública Descentralizada y Lucha Contra la Pobreza” – PADEP).
- PADEP soll in Bolivien die nötigen politischen, gesetzlichen, institutionellen, personellen und wirtschaftlichen Rahmenbe-

dingungen schaffen, um den Reformprozess voranzutreiben und damit die Armut zu mindern. **PADEP arbeitet auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.**

b) Institutionenförderung in Nicaragua:

- Zentralamerika (ZA) zeichnete sich lange Jahre vor allem durch **politische Instabilität** und **Konflikte der Länder untereinander aus**, was auch dazu führte, dass sich die **Region marginalisierte**. Darüber hinaus wird die Region **häufig** von **Naturkatastrophen** heimgesucht. **Armut und soziale Ungleichheit**, aber auch **Korruption** v. a. in Guatemala, Nicaragua und Honduras sind **Auslöser von Verbrechen und Gewalt**. Um eine **Festigung von Frieden und Demokratie** und einen Rückgang der Armut zu erreichen, müssen sich die Länder des Nordens vor allem um eine **stärkere wirtschaftliche Integration ZAs** bemühen.
- Auch in Nicaragua durchzogen gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten politischen Lagern das 20. Jh. Die politischen und sozialen Gegensätze sind bis heute sehr groß, auch wenn seit nunmehr 15 Jahren die Präsidenten demokratisch gewählt werden.
- Nicaragua ist nach Haiti das ärmste Land LAKs. 2002 begann die Regierung von Enrique Bolaños Geyer mit der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und Konsolidierung der Demokratie. Gleichzeitig versuchte er, das Staatswesen transparenter zu machen. Die Stärkung von Demokratie und rechtsstaatlichen Strukturen sind wichtig auch für einen **effizienteren Staatsapparat**. Nur durch ihn kann auch **die Armut bekämpft** werden. Ein besonderes **Anliegen dt. EZ mit Nicaragua ist neben der Armutsbekämpfung daher auch die**

**Staatsmodernisierung/Dezentralisierung.** Die ineffizienten Formen des Zusammenwirkens des öffentlichen Sektors mit denen der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft verlangsamten und behindern die Verwirklichung der Vorhaben zur Fiskalpolitik und lokalen Entwicklung.

- Um diese Aufgaben zu bewältigen, sind sowohl die FZ wie auch die TZ mit Dt. unerlässlich. So wurde für ZA zwischen 1999 und 2001 durchschnittlich für 57% FZ und für 43% TZ ausgegeben. Das BMZ arbeitet hierbei eng mit der GTZ, der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) zusammen.
- Das BMZ unterstützt das „**Programm zur Lokalentwicklung und Fiskaltransparenz**“. Dabei sollen der Privatsektor sowie die Zivilgesellschaft in Zukunft bei fiskalpolitischen Entscheidungen des öffentlichen Sektors stärker einbezogen werden. Hier kommt vor allem die TZ zum Zuge. Fach- und Führungskräfte von nationalen Partnerinstitutionen werden fortgebildet, damit sie wichtige und notwendige Voraussetzungen und Mittel für Fiskaltransparenz, Kommunalentwicklung und lokale Wirtschaftsförderung schaffen. Durch die Mitarbeit unterschiedlicher Akteure ist es möglich, dass man flexibel an Verhandlungsprozesse zwischen Beteiligten mit unterschiedlichen Interessen herangehen kann und am Ende zu einem Konsens findet.
- Bisher sind vor allem bei den **Prozessen der Dezentralisierung, Gemeindeförderung** und der **Fiskaltransparenz Fortschritte** zu verzeichnen. Darüber hinaus konnte man bei der **Verbesserung der Gemeindeautonomie** und der **kommunalen Dienstleistungen bzw. der Schaffung und Festigung von Beteiligungsstrukturen Erfolge feststellen**. Außerdem



wurden das **Steueraufkommen erhöht** und die externe und interne Kontrolle über die staatliche Verwaltung im Fiskalbereich verbessert.

### c) Umweltschutz in Brasilien:

- Ein Drittel der Fläche Brasiliens wird vom Amazonasbecken eingenommen. Den größten Teil des Beckens bedeckt der tropische Regenwald. Mehr als die Hälfte aller Pflanzen- und Tierarten auf der Welt sind hier zu Hause. Wir alle wissen, dass der Regenwald nicht nur für Brasilien, sondern für das **globale Ökosystem** von größter Bedeutung ist. Seit langem jedoch ist der Regenwald durch starke **Abholzung** bedroht. Inzwischen sind gut **15% der rund 3 Mio. km<sup>2</sup> unwiederbringlich zerstört**.
- 1990 wurde daher das „**Pilotprogramm zur Bewahrung der tropischen Regenwälder Brasiliens**“ (PPG7) ins Leben gerufen. Beteiligt an diesem Projekt sind sowohl NROs als auch die Weltbank und die amazonischen Bundesländer. Mit einer **Förderung von bisher 300 Mio. € ist Dt. der wichtigste bilaterale Unterstützer dieses Projekts**.
- Ziel dabei ist, „die Entwicklung der Region mit wirtschaftlichen Interessen in Einklang zu bringen“. In der vorgesehenen Laufzeit von 15 Jahren (1993-2008) soll außerdem die Formulierung und Implementierung basisnaher ökologisch nachhaltiger, sozial gerechter und ökonomisch rentabler Entwicklungsstrategien stattfinden und eine langfristige Erhaltung und Nutzung der natürlichen und kulturellen Reichtümer der Region ermöglicht werden.
- Insgesamt wurden bisher 360 Mio. \$ in das Programm investiert. **90 Wald- und Indianerschutzgebiete wurden aufge-**

**baut, Waldbrandschutzmaßnahmen getroffen** und die **Mitarbeiter fortgebildet**. Zusätzlich werden **180 Kleinprojekte gefördert**. Das Programm gilt als Paradebeispiel internationaler Zusammenarbeit.

- PPG7 kann auch Erfolge verbuchen bei der partizipativen Ressourcenbewirtschaftung, der Ausweisung von Schutzgebieten und bei der **Einbindung indigener Gruppen und NROs in Entscheidungsprozesse und die Umsetzung von Vorhaben** sowie bei der Geberkoordination und gemeinsamen Planungs-, Finanzierungs-, Monitoring- und Evaluierungsansätzen. Die Einbindung der im PPG7 angewandten Standards wie z. B. Partizipation und Waldschutz in das Nationale Waldprogramm Brasiliens sind wichtige Anliegen der waldrelevanten EZ mit Brasilien.

### **3. Welche Erfolge kann die Entwicklungszusammenarbeit verbuchen?**

- Um den Vorwurf zu widerlegen, die EZ habe keine nachhaltige Wirkung, aber auch um Erkenntnisse für zukünftige Projekte zu sammeln, hat das BMZ ein **Evaluierungsprogramm** erarbeitet. Es soll Experten ermöglichen, **Projekte nach deren Beendigung** (zwischen Abschluss und Evaluierung liegen mind. fünf Jahre) auf deren Nachhaltigkeit zu überprüfen.

Das Ergebnis sieht folgendermaßen aus:

- Von **32 Projekten hatten 75% ihr Ziel bei Projektende mit gut bis sehr gut erreicht**.
- **Fünf oder mehr Jahre später waren es immerhin noch 64%**. Erfolge waren insbesondere im Bereich der TZ bei der Ausbildung und Qualifizierung des Personals zu verbuchen.

#### 4. Inwieweit ist die EZ sinnvoll?

- Vor dem Hintergrund, dass durchschnittlich **jedes Jahr fast elf Millionen Kinder an Hunger, Krankheit und durch Gewalt und Kriege sterben**, ca. **1,2 Milliarden Menschen auf der Welt von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben** und **jährlich ungefähr 200 km<sup>2</sup> Regenwald abgeholzt** werden, hat die **Weltgemeinschaft** erkannt, dass sie **stärker handeln** und gegen die weit verbreitete Armut vorgehen muss. Man weiß inzwischen, dass **Armut nicht ein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem ist**. Schließlich beruht sie auch auf Interessengegensätzen und Machtstrukturen.

Die EZ stützt sich auf den Grundsatz, dass der Starke die Schwächeren unterstützen muss. Insbesondere in einer globalisierten Welt sind wir alle gefragt zu handeln. Die grundlegende Herausforderung ist die Globalisierung. Durch das Hinzufügen sozialer, menschlicher und ökologischer Dimensionen soll eine faire wirtschaftliche Dimension für die Länder des Südens ermöglicht werden.

- **LAK erhält 10,5% der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe**. Der **größte Entwicklungshelfer in LAK ist die EU**. Davon bestehen **47% aus nicht rückzahlbaren Zuschüssen**.
- Alle Projekte sowohl innerhalb der **Finanziellen** als auch der **Technischen Zusammenarbeit** werden auf ihre **Nachhaltigkeit** überprüft. Einige Projekte (wie z. B. Wasser- und Abwasserprojekte) können dazu beitragen, dass die Menschen davon unmittelbar profitieren. Doch reicht es nicht, nur Programme zur Weiterentwicklung in den jeweiligen Ländern zu unter-

stützen. Die IL müssen auch **über Handel die Entwicklungspolitik unterstützen**. Nur so haben die Länder des Südens die Möglichkeit, einmal auf eigenen Füßen zu stehen, breiten Bevölkerungsschichten Wohlstand, Bildung und Sozialleistungen zu gewähren bzw. die wirtschaftliche und soziale Situation ihrer Bevölkerung zu verbessern. Zu begrüßen ist, dass die **EU in Folge dessen nicht nur Zölle für zahlreiche Importprodukte aus den Entwicklungsländern senkte, sondern manche sogar ganz aufhob**.

- Um auf Dauer mit der EZ etwas zu erreichen, müssen sich die Länder des Nordens auch auf anderen Ebenen stärker bewegen. Es nützt nichts, wenn sie einerseits Entwicklungsprojekte fördern, andererseits die Länder des Südens aber bewusst klein halten, und Beschlüsse, die dem Ankurbeln der Wirtschaft in den Ländern des Südens dienen sollen, aus Angst um die Absatzbarkeit ihrer eigenen Produkte und um ihre eigenen Wirtschaft diese am Ende nicht umsetzen. Die Doha-Runde 2001, deren zentrales Ziel die bessere Integration der Länder des Südens in den Welthandel war, enttäuschte viele Länder der Südhalbkugel maßlos auf Grund der geringen Bereitschaft der IL zu Zugeständnissen. Im Juli-Paket (Juli 2004) des allgemeinen Rats der Welthandelsorganisation wurde noch dazu bekannt gegeben, dass die Themen Investitionen, Wettbewerb und Transparenz im öffentlichen Auftragswesen nicht mehr unter das Verhandlungsmandat der Doha-Runde fällt.

Wie ernst es den Industrieländern mit ihrem Anliegen ist, die Position der Länder des Südens zu verbessern, wird sich bei der Ministerkonferenz im Dezember in Hongkong zeigen.

- Der **NAFTA-Vertrag** (Freihandelszone) von 1994 als ein erstes Beispiel der Integration von Ländern des Nordens und des Südens in einer gemeinsamen Freihandelszone hat gezeigt, dass die IL ihre Interessen besser vertreten können. Alle beteiligten Länder gewinnen angeblich durch den größeren Absatzmarkt. Mexiko hat makroökonomisch (mit dem Bau von Maquiladoras) von dem Abkommen profitiert, doch mikroökonomisch nicht. Die **landwirtschaftlichen Produkte Mexikos haben auf dem amerikanischen Markt kaum Chancen, da die US-Landwirtschaft subventioniert wird** und somit deren Produkte preisgünstiger angeboten werden können. Viele Kleinbauern aus Mexiko können ihre Produkte nicht mehr absetzen. So trug das Abkommen bedauerlicherweise nicht zur Senkung der Armut bei.
- Um LAK besser in die Weltwirtschaft zu integrieren, muss vermehrt multilateral gedacht werden. Die Weltgemeinschaft müsste stärker für einen **fairen und gleichberechtigten Handel** mit den Ländern des Südens eintreten. **Die IL müssen intensiver auf die Forderungen der Länder des Südens nach einer Öffnung der Märkte eingehen.** Viele Länder des Südens werfen denen des Nordens zu Recht vor, **lediglich in ihrem Interesse und dem der multinationalen Konzerne zu handeln.** In der Vergangenheit und auch beim letzten Amerika-Gipfel wurden die unterschiedlichen Interessen der Länder des Südens und Nordens wieder deutlich. Die Pläne für eine amerikanische Freihandelszone (**FTAA/ALCA**) – die vor allem von den USA erwünscht ist – wurden auf Drängen von Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und Venezuela auf Eis gelegt.

- Der Schuldenerlass für die ärmsten Länder ist wichtig, damit die **Regierungen handlungsfähig werden** und damit auch die Entwicklung vorantreiben können. **Gründe für die Verschuldung** vieler Länder sind **verantwortungslose Regierungen**, aber auch die leichtfertige Vergabe von Krediten zu Zeiten des Kalten Krieges an wohlfällige Staaten seitens der IL trug dazu bei. Darüber hinaus sind die **Preise für Exportgüter** – vor allem von **Rohstoffen**, von denen viele Länder des Südens abhängig sind – in **den letzten 25 Jahren um ca. 50% gesunken**. Um genug Devisenerlöse zu erzielen, musste mehr exportiert werden, was wiederum zu niedrigeren Preisen führte.
- Um eine langfristige Verbesserung der Situation der Entwicklungsländer zu erreichen, sind aber auch stärkere Reformen seitens der lateinamerikanischen Länder selbst gefordert. **Als wesentliche Voraussetzungen für Wettbewerbsfähigkeit müsste LAK seine wissenschaftlich-technologische Basis stärken**, die **Korruption** reduzieren, die **innere Sicherheit** erheblich verbessern, **die sozialen Unterschiede verringern** und mehr in die **Menschen investieren**, damit diese mit ihren **Qualifikationen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung** stehen. Die politischen Stiftungen und Mittler der EZ tragen mit ihrer Arbeit zur **Stabilisierung der Demokratien**, zur **Bewältigung der Krisen und zur Förderung von internationalem Austausch** bei. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) hilft durch die Zusammenarbeit im Kultur-, Bildungs- und Forschungsbereich zudem die Zivilgesellschaft zu stärken und Führungskräfte auszubilden.

## 6. Schlussbetrachtung

- Wirtschaftliche Entwicklung, Armutsbekämpfung, Umwelt- und Ressourcenschutz, Dezentralisierung und die Stabilisierung der noch jungen Demokratien sind wichtige Ziele der dt. EZ. Wenn wir helfen die Armut in Bolivien zu vermindern, dann sichern wir damit auch unser Einkommen. Wenn wir den Regenwald in Brasilien retten, dann sichern wir auch hier die Luft zum Atmen.
- In einem Weltwirtschaftssystem bleibt keine Volkswirtschaft unberührt von den Krisen anderer Länder und Regionen. Dts. Wirtschaft basiert auf dem Export von Waren, sie ist darum auf eine stabile Weltwirtschaft angewiesen. Finanz- und Wirtschaftskrisen in Südamerika, Afrika und Asien führen auch in Dt. zu einem Verlust von Arbeitsplätzen. EZ, die darauf ausgerichtet ist, die Volkswirtschaften in den Partnerländern zu stabilisieren und zu stärken, stärkt dadurch auch die Wirtschaft bei uns.
- Die Forderung der Entwicklungsländer (EL) nach einem **Abbau der Handelsschranken** bzw. **Öffnung unserer Märkte** ist daher berechtigt. **Handel** ist die **wirksamste Entwicklungshilfe**.
- Technische und Finanzielle Zusammenarbeit kann die Situation der Länder LAKs verbessern, wenn die Länder selbst mitziehen. Die Kredite bei der **Finanziellen Zusammenarbeit** durch die Länder des Nordens dienen leider oft nur zur Verrechnung mit der Schuldenlast der EL.
- **Ebenso wichtig wie materielle Hilfe ist aber die Unterstützung von Reformen**, die die demokratischen Strukturen stärken und die Menschen ermuntern, sich am politischen und gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.